

4/101



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/VIII/61 - 13.3.53

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 37654-57
Fernschreiber 039890

Bilanz von Straßburg	S. 1
Brief aus London	S. 3
Hintergründe des Kampfes ZvD-VdL	S. 5
NJD - Jugendorganisation auf Dummenfang	S. 6

Drittes Gleis in falscher Richtung

(sp) Es ist seltsam und sehr bezeichnend zugleich: In dem Augenblick, in dem das politische Statut einer europäischen Gemeinschaft Gestalt gewinnt und einer späteren Genehmigung durch die einzelnen nationalen Regierungen und ihre Parlamente vorgelegt werden soll, eine Art europäischer Verfassung mit der dazu gehörenden wunderschönen Präambel - in diesem Augenblick beginnt der Glaube an die Ratifizierung der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft durch alle Teilnehmerstaaten immer mehr zu schwinden. Auch Optimisten, die doch an die schließliche Verabschiedung durch alle Parlamente weiterhin glauben, sind der Ansicht, daß dies nicht vor dem Januar 1954 der Fall sein werde. Diese Meinung wird, so viel wir wissen, selbst an den obersten verantwortlichen Stellen der Bundesregierung vertreten.

Man geht dabei von der begründeten Annahme aus, daß die Italiener und die Belgier nicht vor den Franzosen ratifizieren, diese aber keineswegs vor den Sommerferien überhaupt mit der eigentlichen parlamentarischen Behandlung beginnen wollen, wobei immer noch die Wahrscheinlichkeit die größte ist, daß das Ende dieser Beratungen die Ablehnung des Vertragswerkes sein wird. Ursprünglich wurden, daran muß man heute erinnern, von den optimistischen Beurteilern sehr bestimmte Voraussagen für eine allgemeine Ratifizierung für das Frühjahr 1953 gemacht und wer skeptisch war, wurde damals als unverbesserlicher Nörgler und Schwarzseher

abgetan.

Mit der Feststellung, daß die europäischen Blütenräume längst nicht so schnell gereift sind wie die Befürwörter einer regional begrenzten europäischen Integration hofften und wünschten, kann kein Anlaß zu billiger Schadenfreude für diejenigen sein, die die Entwicklung vorausgesagt haben. Aber Genugtuung darüber ist wohl vorhanden und berechtigt, daß eine unzureichende und in der schließlichen Wirkung schädliche europäische Regelung der gemeinsamen Verteidigung sehr fraglich geworden ist, eine Regelung, die weit mehr Gefahren im Hinblick auf eine neue Spaltung Europas in sich birgt, als sie eine Gewähr für die europäische Sicherheit bietet. Vieles spricht dafür, daß man die gleiche Erfahrung mit der europäischen politischen Gemeinschaft machen wird, die ebenfalls wenig Aussicht hat Wirklichkeit zu werden, ob nun das ursprünglich vorgesehene Junktum zwischen der militärischen und der politischen europäischen Gemeinschaft besteht oder nicht. Vermutlich wird sich das bereits Mitte Mai bei dem Wiederzusammentreten der Sonderversammlung erweisen.

Die Montan-Union, diejenige der drei europäischen Gemeinschaftsformen, die bisher Wirklichkeit geworden ist, hat bereits im allerersten Stadium ihres Bestehens die meisten Einwände bestätigt, die ihre Kritiker lange vor dem Inkrafttreten des Vertrages vor der breitesten Öffentlichkeit immer wieder erhoben haben. Was die EVG anlangt, so ist man, wie gesagt, in der Mehrzahl der beteiligten Länder immer weniger bereit, sich in Ungewisheiten und Risiken zu stürzen, ohne daß dabei ein entsprechender sichtbarer Nutzen für den einzelnen Partner oder auch die Gemeinschaft selbst herauspringt. Es ist nicht ohne Reiz zu sehen, wie rege bereits überall von der Notwendigkeit gesprochen wird, auch Ausweichmöglichkeiten für die EVG zu überlegen, nachdem man so lange die gleiche Forderung, wenn sie von den Kritikern des gegenwärtig vorliegenden Vertrages aufgestellt wurde, als unrealistisch, ja als verblendet und politisch höchst gefährlich abgelehnt hat.

Natürlich ist es schwer, eine These oder eine Konzeption aufzugeben, wenn man sich darauf vor aller Welt und immer wieder mit größtem Nachdruck festgelegt hat. Aber das ist nicht entscheidend, auch nicht ein möglicher Zeitverlust. Wichtig ist allein, daß vermieden wird, ein Gebäude zu errichten, das zu beziehen zwar alle freundlichst eingeladen sind, das aber nach seiner ganzen Anlage und Bauart nur für den Kreis der Erbauer selbst angenehm und wohnlich ist. Das Europa, das aufgerufen werden muß, ist viel größer als das der sechs Staaten. Es läßt sich nicht dadurch schaffen, daß man einfach einige Partner hinzuaddiert, und ihnen die schon festgelegten Arbeits- und Lebensbedingungen für die neue Gemeinschaft anfnötigt. Hier liegt die Unaufrichtigkeit des Argumentes, man müsse doch irgendwo beginnen. So kann man nur verfahren, wenn die Nachfolgenden nicht schon die Gleise unwiderruflich nach dem Willen und den Interessen der Vorgesangenen gestellt sind. Das gilt für jede Art der engen Zusammenarbeit zwischen sehr verschiedenen Länderpartnern, ob sie sich nun auf den politischen, militärischen oder wirtschaftlichen Bereich bezieht.

+ + +

Kleine Nebensorgen der britischen Politik

B.C.-London, Mitte März

Außer den großen Fragen der Hohen Politik, die im Vordergrund des öffentlichen Interesses stehen und tägliche Schlagzeilen in der Presse bilden (das Verhältnis zum amerikanischen Verbündeten, zum sowjetischen Gegner, zu Ägypten, zum Sudan) hat die Foreign Office auch noch ihre kleineren Sorgen, sozusagen "Routinegeschäfte", von denen aber manche recht kitzlicher Natur sind.

Da liegt seit mehr als vier Wochen auf der Reede von Singapor der finnische Tanker "Wiima" mit 10000 tons für China bestimmten Düsenjägerbrennstoffs. Als Präsident Eisenhower mit seiner "Denuclearisierung" Formosas den Fregatten und Korvetten Tschiang Kaischeks die See vor der chinesischen Küste freigab, wurde dem Schiffer der "Wiima" die Sache unheimlich; ein einziger Schuß konnte sein wertvolles Schiff in ein Flammenmeer verwandeln, und so ankerte er vor Singapor, um neue Anweisungen seiner Reederei abzuwarten. Den britischen Behörden in Singapor ist die Anwesenheit der "Wiima" äußerst peinlich. Die Ladung ist unzweifelhaft "strategisch" im Sinne der amerikanischen Blockademaßnahmen gegen China, da aber die "Wiima" weder unter britischer Flagge fährt, noch um Bunkeröl gebeten hat, gibt es keine gesetzliche Handhabe, um ihr entweder die Ladung abzunehmen oder ihr die Weiterfahrt nach China zu verbieten, falls ihr Kapitän sich dazu entschließen sollte. Was also tun? Darüber zerbricht man sich gegenwärtig in Downing Street den Kopf.

x

Sodann das Problem des Handels zwischen Ceylon und China. Seit Jahren schon nimmt China den größten Teil der (sonst nahezu unverkäuflichen) Rohgummiernte Ceylons ab. Polnische Schiffe laufen Colombo an, bunkern dort, laden den Kautschuk und fahren nach chinesischen Häfen weiter, auf dem Rückweg bringen sie den Reis, ohne den Ceylon nicht leben kann. Ceylon hat sich geweigert, dem "Gentlemen's agreement" zwischen Großbritannien und der USA beizutreten, das die Verschiffung "strategischer" Güter nach China unterbinden soll. Da Ceylon ein unabhängiges Land ist, kann niemand es dazu zwingen, in

seinen Häfen, die den Schiffen aller Nationen und Flaggen zum Bunkern offen stehen, gegen die eine oder die andere Flagge zu diskriminieren, insbesondere nicht, wenn, wie im Falle der polnischen Chinafahrer, der Gütertausch für die Volkswirtschaft Ceylons absolut lebenswichtig ist. Doch dem Foreign Office in London ist es natürlich sehr, sehr peinlich, den amerikanischen Verbündeten so enttäuschen zu müssen.

X

Seit 133 Jahren wahrt Großbritannien den Burgfrieden an der "Piratenküste" des Persischen Golfes. Im Jahre 1820 schloß der Admiral Sir William Grant Keir Verträge mit den Scheichtümern jener Küste ab, in der diese sich verpflichteten, Piraterie und Sklavenhandel aufzugeben, wofür Ihre Britannische Majestät ihnen Schutz und Schirm versprach. Die Scheichtümer sind seither dabei nicht schlecht gefahren. Gegen die Räubereien der Beduinen des Innern sind sie seitdem geschützt, Handel und Handwerk blühen, in einigen von ihnen, wie Bahrein und Oman kam mit Ölfunden großer Reichtum. Die Briten mischten sich in die innere Verwaltung dieser kleinen Feudalstaaten nicht ein, sondern übernahmen mehr oder weniger die Rolle des "Polizisten".

Jetzt plötzlich erhebt Abdul Asis ibn Saud, der König von Saudi-Arabien, Anspruch auf die einsame Oase von Buraimi, die unzweifelhaft zu dem Gebiet der Scheichtümer gehört. Er verletzt damit den Friedens- und Freundschaftsvertrag mit Großbritannien, das zwar an der gottverlassenen Oase keinerlei Interesse hat (es gibt nicht einmal Öl dort!), aber ehrenhalber verpflichtet ist, die Interessen seiner Schützlinge, der ehemaligen Piraten, wahrzunehmen, die sich gerade wegen ihrer Angst vor ibn Sauds Vätern dem Schutz der britischen Regierung unterstellten. Und heute steht hinter Abdul Asis dessen neuer Freund - die USA. Wirklich sehr peinlich...

+ + +

Dr. Kather fürchtet Vertriebenen-Zusammenschluß

O.H. Die zwischen dem vom CDU-Abgeordneten Dr. Kather angeführten ZvD (Zentralverband vertriebener Deutscher) und den landsmannschaftlichen Vertriebenenorganisationen seit Jahren anhaltende Rivalität um die Führung in der Vertriebenenbewegung ist nach dem im Herbst v.J. unternommenen Versuch einer Einigung aufs neue entbrannt. Der Machtkampf begann im Herbst 1951, als Dr. Kather mit einem Teil der damals in den Vereinigten Ostdeutschen Landsmannschaften (VOL) zusammengeschlossenen Landsmannschaften den Versuch unternahm, eine von ihm beherrschte Spitzenorganisation aller Vertriebenenverbände, den BvD (Bund vertriebener Deutscher) zu schaffen. Die Aktion war offensichtlich darauf gerichtet, den Landsmannschaften die Selbständigkeit zu nehmen und ihre Spitzenorganisation, die VOL, auszuschalten. Die Tatsache, daß die Gründungsversammlung des BvD in Hannover stattfand, war übrigens kein Zufall, denn gerade vom Landesverband Niedersachsen des ZvD wurde schon immer besonders eifrig auf die Untergrabung der Selbständigkeit der Landsmannschaften hingearbeitet.

Der von Dr. Kather unternommene Coup mißglückte jedoch, denn die dahintersteckenden eigensüchtigen Absichten waren zu offensichtlich. Die Sudetendeutsche Landsmannschaft, die die Aktion sowieso nur mit Vorbehalt mitgemacht hatte, zog sich vom BvD zurück. Diese Krise Katherscher Organisationsplanung traf zusammen mit seiner ebenfalls erfolglosen Kampagne gegen den Bundesvertriebenenminister Dr. Lukaschek. Auch einige im ZvD selbst erlittene Schläppen, u.a. die Nichtwiederwahl zum Landesvorsitzenden in Hamburg, machten schließlich selbst den skrupellosen Dr. Kather unsicher. Demgegenüber hatten sich die Landsmannschaften neu konsolidiert, der Verband der Landsmannschaften (VdL) trat an die Stelle der VOL und der Sprecher der Sudetendeutschen, von Lodgman, übernahm den Vorsitz der neuen Spitzenorganisation. Einer der wichtigsten Bundesgenossen Dr. Kathers im BvD wurde jetzt zu seinem Gegenspieler in den Einigungsbemühungen.

In dieser Lage kam es nach vielen, zum Teil sehr unerquolichen Verhandlungen in früherer Zeit auf einer gemeinsamen Beratung zwischen ZvD und VdL am 22. und 23. November 1952 in Wiesbaden zu einer Einigung über die organisatorische Zusammenfassung beider Vertriebenenorganisationen. In 13 Punkten wurden die Grundsätze dieser Einigung aufgestellt; die Termine für die Durchführung der Delegierten-

wahlen für die Bundesversammlung in den Orts-, Kreis- und Landesorganisationen wurden bis Ende Februar bzw. bis Ende März festgesetzt. Inzwischen hatte sich die bereits stark angeschlagene Stellung Dr. Kathers wieder etwas gefestigt, was gleich in einer erneuten Versteifung seiner Haltung gegenüber den Landsmannschaften seinen Ausdruck fand. Eine vom VdL für den 21. und 22. Februar vorgeschlagene gemeinsame Beratung über die praktische Durchführung der Arbeiten für den Zusammenschluß wurde vom ZvD unter Vorschützung von Termingründen ausgeschlagen. Zugleich wurde die Forderung des ZvD nach Aufhebung der Selbständigkeit der landsmannschaftlichen Organisationen auf der Orts-, Kreis- und Landesebene erneut erhoben.

Die Termine für die Delegiertenwahlen in den Orts- und Kreisorganisationen sind inzwischen vorstrichen, die Spitzen der beiden Verbände aber sind noch zu keiner gemeinsamen Beratung zusammengetreten. Nur im günstigsten Falle könnte noch im Spätsommer eine Bundesdelegierten-tagung zustandekommen, was aber angesichts der nach wie vor vorhandenen Spannungen kaum zu erwarten ist. Zieht man dazu in Betracht, daß dann der Wahlkampf zum Bundestag bereits seinen Höhepunkt erreicht haben wird, so kann auf das Zustandekommen des Einheitsverbandes der Vertriebenen vor der Bundestagswahl nur noch geringe Hoffnung gesetzt werden.

Das aber dürfte das Ziel Dr. Kathers sein, der damit noch einmal seine Stellung als Vorsitzender des ZvD im politischen Kampf der Kräfte unumstritten in die Waagschale werfen will, nämlich in die Waagschale der CDU. Denn wohin der politische Kurs Dr. Kathers geht, ist ja zur Genüge bekannt.

+ + +

"National" dumm - aber gefährlich

F.B. Ein neues Pflänzchen des Rechtsradikalismus hat sich soweit entwickelt, daß sein weiteres Wachstum unter Kontrolle gestellt werden muß. Es handelt sich um die "Nationale Jugend Deutschlands", die allein keine Bedeutung hätte, wenn sie nicht im "Ring Nationaler Jugend" verflochten wäre, dem eine Reihe von rechtsradikalen Jugendorganisationen, u.a. der von der SRF gegründete Jugendbund Adler und die RONDD (Nationalpatriotische Russen) angehören.

Die äußere Verbrämung der NJD gleicht den Vorgängern, die sich bemühten, nachträglich der Hitler-Jugend den Rang abzulaufen. Es gibt

Späher, Spähtruppführer, Sippen-, Horst- und Stammführer, während in den oberen Rängen der Reichsarbeitsdienst Pate gestanden haben muß, denn hier finden wir Feldmeister, Oberfeldmeister, Hauptfeldmeister und schließlich den Bundesfeldmeister vor. Es erübrigt sich die Uniform zu schildern, nur soll darauf hingewiesen werden, daß der Gruß der NJD mit der erhobenen Schwurhand und den Worten "Gut deutsch allezeit" geleistet wird und wie in allen diesen Organisationen die Worte Ehre, Treue und National bis zum Äußersten strapaziert werden.

Weit interessanter sind die Querverflechtungen, die sich ergeben, wenn man bedenkt, welche Literatur von der NJD vertrieben wird. Neben der Publikation NABAB, Sturmruf der nationalpatriotischen Russen, finden wir auch den "Deutschen Aufbruch" vor, und das ist das Organ des Deutschen Blocks von Karl Meißner. Somit scheint es sich offenkundig um die Jugendorganisation des Deutschen Blocks zu handeln, der erst vor wenigen Tagen angekündigt hat, daß er bei den Bundestagswahlen in allen Ländern kandidieren wolle. Die Verbindung zu den nationalpatriotischen Russen erscheint im Moment noch unlogisch, da Meißner sich offenbar zur Zeit der Gunst der Sowjets erfreut. Meißner ist es jedoch hinreichend gewöhnt, zur gleichen Zeit zwei oder mehreren Herren zu dienen.

Die eigene Publikation der NJD trägt den bezeichnenden Namen "Kompaß", und die Richtung der Kompaßnadel ist klar ersichtlich, wenn man die Titel einiger Aufsätze nachliest. "Warum sind wir Nationalisten", heißt es da, oder "Ehre, Treue, Recht und Freiheit", oder "Das Reich - jawohl, rechts ran!" In der Stellungnahme zur deutschen Wiederbewaffnung wird ausgeführt, daß die NJD zu einer unter dem Oberbefehl verdienender deutscher Heerführer stehenden nationalen deutschen Wehrmacht grundsätzlich und bedingungslos Ja sage und so geht es in den nationalistischen Tiraden weiter.

Der erste Bundesfeldmeister ist Karl Jochheim-Armin, der über den Jungstahlhelm, Ficking und die Brigade Ehrhardt schon 1927 zur NSDAP kam. Obwohl er sich 1931 der Stennesgruppe anschloß und 1932 Führer der "Schwarzen Front" (Strasser) für Südbaden wurde, hat er immerhin später noch den Rang eines Untersturmführers in der Waffen-SS erreicht. 1946 begann seine Gründertätigkeit mit den Ringpfadfindern, die ebenso wie die Nationale Sammlungsbewegung Deutschlands und die deutsche Unabhängigkeitsbewegung sanft entschliefen, bis er dann vom Deutschen Block den Auftrag zur Gründung der NJD erhielt. Diese Organisation scheint offenbar über Geld zu verfügen, denn sie kann, vor allem in Bayern, eine rege Propaganda finanzieren.

Bundesfeldmeister Jochheim-Armin hat sein politisches Glaubensbekenntnis mit den Worten abgelegt, "Meine politische Linie wird durch die Richtlinien Ludendorffs bestimmt". In den Satzungen der NJD ist festgelegt, daß nach oben keine Altersgrenze gültig ist, falls die jugendliche Haltung gewährleistet wird. Man kommt fast in Versuchung, die Satzungen zu erweitern, insofern, daß auch der Dummheit keine Grenzen gesetzt werden. Leider muß man feststellen, daß dieser Dummheit immer noch allzu viele zum Opfer fallen.